

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Sonntag, 07. November 2010 18:52

An: redaktion@kleinezeitung.at; saskia.sautner@staedtebund.gv.at; bareis@kdz.or.at; presse.klub@oevp-wien.at; waltraud.kaserer@bmwfj.gv.at; presseabteilung@bmwfj.gv.at; presse@gruene.at; guenter.danhel@ief.at; christa.kaesmayer@ief.at; klaus.schwertner@caritas-wien.at; viktor.trager@sos-kd.org; bettina.klinger@diakonie.at; andreas.fiala@noel.gv.at; guenter.danhel@familiennetzwerk.at; johanna.czech@familieundberuf.at; kontakt@kibehaus.at; lucia.eder@salzburg.gv.at; volker.hollenstein@bmwfj.gv.at; presse@wko.at; ingrid.vogl@gmail.com

Betreff: Sammelmeldung 08.11.2010

Anlagen: PK-2010-11-05-Presspapier-FINALVERSION.PDF

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

SAMMELMELDUNG

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 07.11.2010 18:51:43

MEINUNG

["Kleine Zeitung" Kommentar: "Beihilfe zur Ineffizienz" \(von Hubert Patterer\)](#)

TOP-THEMA

[Androsch gibt Startschuss für Volksbegehren "Bildungsinitiative" - "Der Worte sind genug gesprochen, jetzt wollen wir Taten sehen" - Bis Ende Jänner soll konkreter Text stehen - Eintragswoche im Mai](#)
 Plattform EduCare: Dem geplanten Bildungsvolksbegehren stehen wir sehr positiv gegenüber. In den aktuellen Ausführungen zum Start des Bildungsvolksbegehrens vermissen wir allerdings die konkrete Nennung der [Elementarpädagogik](#).

ZUR DISKUSSION

[Kinderfeindliches Österreich - Österreich befindet sich nach Einschätzung der OECD im Schlussfeld Europas, wenn es um die Betreuungssituation für Kinder geht. Das zeigt sich auch vor Ort: Eltern reiben sich die Augen über die Zustände.](#)

BETRIEBSKINDERGARTEN

[Mehr Rechte für Leiharbeiter](#)

BM:UKK / BM.W F

[BM:UKK-Homepage](#)
[BMWF Homepage](#)

[Alle Informationen des bm:ukk und des bm.w f zur PädagogInnen-Ausbildung NEU](#)

[Schmied will Lehrerkompetenzen beim Bund](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Aktuelle Finanzprognose der österreichischen Städte und Gemeinden bis 2014 - Transferzahlungen wachsen weiterhin stärker als die Ertragsanteile. Finanzielle Spielräume der Städte und Gemeinden schwinden trotz etwas besserer Einnahmensituation.](#)

[Länder als Gefahr für das Schulsystem?](#)

BURGENLAND

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Meldungen:

[LH Dörfler: Land Kärnten gewährt die höchsten familienbezogenen Leistungen - Laut RH-Rohbericht wendet Kärnten sechs mal so viel an Familienförderung auf wie Land Salzburg.](#)

NIEDERÖSTERREICH

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH

Meldungen: keine

SALZBURG

Meldungen:

[Dr. Tina Widmann wird als Nachfolgerin von Landesrätin Doraja Eberle zum neuen Mitglied der Landesregierung gewählt](#)
[Zur Person Dr. Tina Widmann \(50\)](#)

STEIERMARK

Meldungen: keine

TIROL

Meldungen: keine

VORARLBERG

Meldungen: keine

WIEN

Meldungen:

[VP-Riha: Werden Grüne auch mit ihren Forderungen für Kinder vor Häupl auf die Knie gehen? - Was vor der Wahl von Vassilakou gefordert wurde, muss auch danach noch gelten!](#)

FAMILIENPOLITIK

[Mitterlehner: "Familienleistungen europaweit im Spitzenfeld" - Budgetbegleitgesetze zur Familie gehen in Begutachtung - "Einschnitte schmerzhaft aber Niveau der Familienleistungen bleibt über dem Jahr 2008".](#)

[Musiol: Bundeszuschuss für Kinderbetreuung rasch verlängern - Grüne nehmen ÖVP-Familienminister Mitterlehner beim Wort und fordern Taten.](#)

[Binder-Maier: Sachleistungen statt Geldleistungen - ÖVP hat Notwendigkeit einer modernen Familienpolitik endlich erkannt. Langjährige Forderung von SPÖ und Experten - Mehr Kinderbetreuungsplätze erleichtern Vereinbarkeit von Beruf und Familie.](#)

[Die gescheiterte Familie](#)

[Forderung nach "Kehrtwende" in Familien-politik: Minister will mehr Sachleistungen](#)

[Budget 2011 - Einsparungen im Familienbereich](#)

[Familienverband: "Retuschierende Budgetkosmetik" reicht nicht](#)

[Familienverband: Rückenwind für "Thema Nr. 1" Familie nützen](#)

[Rechnungshof: "Sparpaket reicht nicht aus"](#)

GENDER

[Job und Familie: Väter in der Zwickmühle](#)

["Ungleiche Schwestern"](#)

KINDERBETREUUNG

[Kinderbetreuung noch immer Frauensache](#)

KINDERRECHTE

[Kinderrechte in Verfassung: Opposition drängt auf Gespräche - news ...](#)

[100.000 Menschen sagen: "Kinder gehören nicht ins Gefängnis!" und stündlich werden es mehr - Initiative Gegen-Unrecht wird bereits von über 75 Organisationen getragen](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)

[Inskription](#)

[Lehrerausbildung in Salzburg bald einheitlich](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

[Mitgliederliste](#)

[Küberl: "Armutsbekämpfung ist Elchtest für Staat und Gesellschaft" - Franz Küberl wurde als Präsident der Caritas Österreich von der Caritas-Direktorenkonferenz einstimmig wiedergewählt.](#)

VERWALTUNGSREFORM

[Modernisierung unseres Staats große Herausforderung - Gesundheit, Pflege, Bildung, Soziales und Kinderbetreuung wichtige Schwerpunkte.](#)

[Die Länder im Zentrum der Verwaltungsreform](#)

[Steuergeld-Verschwendung, wohin das Auge reicht - Rechnungshof, WIFO und IHS zeigen in Verwaltungsreform-Berichten auf Hunderten Seiten, welche Mängel behoben, Mehrfachkompetenzen unterbunden und Synergiengeschaffen werden könnten, um das Budget zu entlasten und die Effizienz zu steigern. Ein Auszug.](#)

[Bundesrat](#)

[Gemeinden](#)

[Wetterdienste](#)

[Polizei](#)

[Katastrophenschutz](#)

[Pflegegeld](#)

[Gesundheitskosten](#)

[Krankenanstalten](#)

[Schule](#)

[IT, Telefon](#)

[Pensionen](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[„Familien in Europa: Trends und Entwicklungen“](#)

[Workshops "Bedarfsgerechte Kinderbetreuung"- Modelle aus der Praxis - Fördermöglichkeiten](#)

[Hochbegabte Kinder am Übergang von Kindergarten zur Grundschule - "KLIKK" Ein Modell zur lösungsorientierten Arbeit mit Kindern und Eltern](#)

SONSTIGES

[WKÖ-Enquete: Jobchancen sprechen mehr denn je für die Lehre - Mitterlehner, Leitl, Bildungsexperte Schneeberger und Spartenobmann Herk über Herausforderungen des Lehrberufs durch den demografischen Wandel.](#)

[Mitterlehner: "Das duale Ausbildungssystem weiterentwickeln"](#)

[Leitl: "Weg vom Lehrling zum Universitätsprofessor muss für alle offen sein"](#)

[Herk: "Berufsorientierung und Informationen über Lehrberufe weiter ausbauen"](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

"Kleine Zeitung" Kommentar: "Beihilfe zur Ineffizienz" (von Hubert Patterer)

Graz (OTS) - Es ist gut, wenn sich ein Staat zum Fürsprecher der Familien macht. Sie sind ein brüchiges, verwundbares Gebilde, da helfen festigende Maßnahmen und Gesten, die das Ja zum Kind fördern. Das hat nichts mit alter Ideologie zu tun, sondern liegt im elementaren Interesse jeder Gesellschaft, will sie vital bleiben und sich nicht dem eigenen Wegaltern hilflos ausliefern.

Vor diesem Hintergrund war es problematisch, den Sparstift so prononciert bei den Familien anzusetzen, während man sich gegenüber Beamten, Länderfürsten oder Pensionisten betont konziliant gab und die Lobbyisten in Loipersdorf sogar zu Tisch bat.

Eine solche Asymmetrie untergräbt das Gefühl für Gerechtigkeit. So erwirbt man keine Akzeptanz für Opfergänge.

Freilich gibt auch der schrille Aufschrei der Betroffenen zu denken. Kann der notwendige Rückbau des Sozialstaates je gelingen, wenn das Land schon bei diesem halbherzigen Sparpaket derart in Wallung gerät?

Nicht jede Eingrenzung einer Sozialleistung ist schon ein Attentat auf Familie und Zukunft, nicht jede finanzielle Wohltat schon ein Garant für Kinderreichtum. Bestünde eine Korrelation zwischen Geldfluss und Familienglück, besäße Österreich eine andere Geburtenstatistik. Sie ist so trist wie anderswo, obwohl kaum ein Land so viel Geld in die Familienförderung pumpst wie Österreich.

Es ist daher vernünftig, das System der rein monetären Zuwendung zu hinterfragen und zu prüfen, ob es nicht klügere Formen gibt, Familien im Spagat zwischen Beruf und Erziehung zu stützen. Eine Umschichtung der Geldströme hin zu verbesserten Serviceleistungen, etwa in der **Kinderbetreuung**, ist eine der Antworten.

Das sind debattenpflichtige Grundsatzfragen. Wäre die Regierung dazu befähigt, könnte man auch in Ruhe klären, ob Mittzwanziger an kostenfreien Hochschulen tatsächlich bis zum letzten Schein der Fürsorge bedürfen und ob es wirklich emanzipatorisches Engagement ist, wenn Studierende den Status als Kinderbeihilfen-Empfänger einfordern.

Am Disput klebt das falsche Etikett. Es geht nicht um Familien-, sondern um Studienförderung und um die Frage, welchen Anteil der Staat leisten sollte, weil er vom hohen Ausbildungsgrad zehrt, und welchen Beitrag der Einzelne, weil ein Studium ein Privilegium ist.

Wäre das Thema diskursfähig, könnte am Ende ein ideologiefreier Konsens stehen, sei es eine moderate Eigenleistung (bei ordentlichen Studienbedingungen) oder ein Kreditmodell. Es wäre eine Einübung in Eigenverantwortung und eine Abkehr vom Anspruchsdenken. Die Studenten sind nicht anzuklagen. Sie haben nur sehr rasch von dieser Gesellschaft gelernt.****

Rückfragehinweis:

Kleine Zeitung, Redaktionssekretariat, Tel.: 0316/875-4032, 4033, 4035, 4047, <mailto:redaktion@kleinezeitung.at>, <http://www.kleinezeitung.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/442/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

TOP-THEMA

Androsch gibt Startschuss für Volksbegehren "Bildungsinitiative" - "Der Worte sind genug gesprochen, jetzt wollen wir Taten sehen" - Bis Ende Jänner soll konkreter Text stehen - Eintragungswoche im Mai

Der Industrielle Hannes Androsch gab am Freitag den Startschuss für das von ihm initiierte Volksbegehren "Bildungsinitiative". Gemeinsam mit Vertretern aus dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich formulierte er bei einer Pressekonferenz die Grundsätze der Initiative, die von der Volksschule über die Hochschulen bis zur Forschung reichen. Zu den Hauptforderungen zählen eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Schulen und Universitäten, Bundeskompetenz für das Schulsystem und die Lehrer, eine spätere Bildungswegentscheidung erst mit 14 Jahren sowie gute Studienbedingungen und mehr Studienplätze an den Hochschulen.

Androsch betonte, dass die Unterstützung für das Volksbegehren "breit und überparteilich" organisiert sein solle - "mit dem Verständnis, den beiden Ressortministerinnen (Claudia Schmied, S, und Beatrix Karl, V, Anm.) bei allen Widerwärtigkeiten, die ihnen entgegenschlagen, Rückendeckung zu geben". Neben den derzeitigen Unterstützern wie der Universitäten- und Fachhochschulkonferenz sowie der Akademie der Wissenschaften liefen auch bereits Gespräche mit Elternverbänden, der HochschülerInnenschaft (ÖH) sowie Schülervertretern. Bereits laufende Initiativen will Androsch nicht konkurrenzieren, sondern die Kräfte bündeln.

Die konkreten Forderungen für das Volksbegehren sollen bis Ende Jänner erarbeitet werden, die Eintragungswoche im Mai stattfinden. Für die Einleitung des Volksbegehrens sind rund 8.000 Unterstützungserklärungen nötig, für eine Behandlung im Parlament müssen in der Eintragungswoche 100.000 Menschen die Anliegen unterstützen.

Diese sind vorerst noch nicht allzu konkret. Als einer der "Grundsätze" wurde "die ausreichende öffentliche Finanzierung von Schulen und Universitäten und eine Regierungspolitik, die sich nicht von Machtansprüchen und Standesdenken bremsen lässt" formuliert. Unter einer ausreichenden öffentlichen Finanzierung versteht Androsch die im Parlament per Entschließungsantrag ohnehin bereits verabschiedete Forderung nach einem Anteil der

Hochschulausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), einer Forschungsquote von vier Prozent des BIP sowie einem Anteil der Ausgaben für die Schule von sieben Prozent des BIP. "Der Worte sind genug gesprochen, jetzt wollen wir Taten sehen", so Androsch.

Weitere Grundsätze: "Ein erstklassiges, international wettbewerbsfähiges Schulsystem in ganz Österreich mit eindeutiger Bundeskompetenz in Gesetzgebung und Vollziehung. Österreich ist zu klein für neun verschiedene Schulsysteme. Es darf zu keiner Verfländerung, auch nicht der Lehrerinnen und Lehrer, kommen. Der parteipolitische Einfluss muss aus dem Schulbereich verbannt werden" sowie "eine leistungsorientierte, chancengerechte Schule mit Förderung für jeden einzelnen, mit österreichweiter Qualitätssicherung, hochwertigen Ganztagesangeboten, klarer Verantwortung am Schulstandort und guten Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. Die Bildungswegentscheidung soll erst im Alter von 14 Jahren getroffen werden."

Und schließlich soll es "erstklassige Hochschulen und Universitäten mit guten Studienbedingungen und mehr Studienplätzen geben. Die Zahl der Absolventen soll deutlich steigen." Aussagen zu Zugangsbeschränkungen fehlen, wobei Androsch seine "persönliche Meinung" nicht verhehle. Er halte zwei "Incentives" für möglich. Dies seien einerseits Zugangsregeln wie etwa auch an den Fachhochschulen und für das Medizin-Studium oder Studiengebühren bei einem Ausbau der Studienförderung. Natürlich dürfe kein Talent liegenbleiben. "Wir müssen uns aber auch klar sein, dass wir helfend, unterstützend tätig sein müssen, wo das Talent nicht vorhanden ist."

Zusätzliches Geld für den Bildungsbereich könne durch Einsparungen in anderen Bereichen kommen, so Androsch. Dafür gebe es ein Potenzial von 20 Mrd. Euro - für Informationen darüber brauche man nur den Rechnungshof-Präsidenten anrufen. Als Beispiel nannte Androsch, dass es im Heer 24.000 Personen Verwaltungspersonal für 11.000 Wehrdiener gebe, von denen wiederum nur 3.000 einsatzfähig seien. Die Subventionsquote wiederum liege doppelt so hoch wie im EU-Schnitt oder in Deutschland. Als Misstrauensvotum an die Regierung versteht er das Volksbegehren nicht: Dieses richte sich gegen eine "Koalition der Verhinderer" - das könne die Regierung eigentlich nur begrüßen.

→ Siehe auch pdf-Beilage „PK-2010-11-05...“

→ <http://www.vbbi.at/>

Plattform EduCare: Dem geplanten Bildungsvolksbegehren stehen wir sehr positiv gegenüber. In den aktuellen Ausführungen zum Start des Bildungsvolksbegehrens vermissen wir allerdings die konkrete Nennung der *Elementarpädagogik*.

Die Plattform EduCare ist bemüht, mit ihren ExpertInnen für die entsprechenden Formulierungen des Volksbegehrens für den elementaren und außerschulischen Bildungsbereich in dessen Endfassung mit den entsprechenden Gremien zusammenzuarbeiten.

[Schmied: „Brauche Volksbegehren“, scharfe Kritik an ÖVP-Chef Pröll](#)

DiePresse.com

Es müsse in der Bildung „eine klare Bundeskompetenz in Gesetzgebung und Vollziehung geben“. Scharfe Kritik übte Schmied an Finanzminister Josef Pröll, ...

[Schmied will Lehrerkompetenzen beim Bund](#) ORF.at

[Alle 24 Artikel »](#)

ZUR DISKUSSION

Kinderfeindliches Österreich - Österreich befindet sich nach Einschätzung der OECD im Schlussfeld Europas, wenn es um die Betreuungssituation für Kinder geht. Das zeigt sich auch vor Ort: Eltern reiben sich die Augen über die Zustände.

[Von Michaela Seiser](#)

Betreuung für den Nachwuchs: In Österreich keine leichte Angelegenheit

Wer in Österreich eine gute Betreuung für seinen Nachwuchs sucht, reibt sich die Augen. In einem der reichsten Länder der Welt sind **Kindergarten-** und Hortplätze eher ein Privileg als eine Selbstverständlichkeit. Zwar wurde jetzt ein verpflichtendes **Kindergartenjahr** für alle Fünfjährigen eingeführt. Doch ändert dies nichts an der Misere. Österreich befindet sich nach Einschätzung der OECD im Schlussfeld Europas. Einen Rechtsanspruch auf einen **Kindergartenplatz**, so wie es in Deutschland seit einigen Jahren gesetzlich verankert ist, gibt es in Österreich nicht.

Ob und wie die Sprösslinge betreut werden, liegt in der Hand des Bundeslandes, in dem man lebt. Ab welchem Alter ein Kind einen **Kindergarten** oder eine Krippe besuchen darf, wie viel die Betreuung kostet, wie viele Kinder in einer Gruppe betreut werden, welche Qualifikationen das Personal zu erfüllen hat und wie viel Platz ein Kind zum Spielen hat, wird vom Burgenland bis Vorarlberg anders geregelt. Das verursacht innerhalb Österreichs ein markantes Betreuungsgefälle.

Pflichtige
Neben öffentlichen **Kindergärten** gibt es auch in Österreich solche, die von privaten Trägern oder den Kirchen geführt werden. Die Kosten für die Betreuung des Nachwuchses sind recht unterschiedlich, zum Teil von Gemeinde zu Gemeinde einer Region und manchmal sogar von Kindergarten zu Kindergarten in einem Ort. Bundesweit ist nur jeder vierte Kindergarten bis 17 Uhr geöffnet. Im Durchschnitt sind die Betreuungseinrichtungen mehr als vier Wochen im Jahr geschlossen. Die Besoldung der **Kindergartenpädagoginnen** ist gering, die Bruttovergütung liegt derzeit zwischen 1500 und 2100 Euro. So viel verdienen auch Hilfskräfte in weniger anspruchsvollen Berufen.

Nach Erhebungen der Wiener Sprachheilschule hat fast jedes fünfte Pflichtschulkind sprachliche Defizite. Fast jede fünfte Österreicherin nimmt wegen der mangelhaften **Kinderbetreuung** nicht am Erwerbsleben teil. Das hat auch Auswirkungen auf die Bereitschaft der Frauen, Kinder zu bekommen. Mit 1,4 Kindern fällt die Geburtenrate vergleichsweise niedrig aus. Nach einer Umfrage eines Wiener Marktforschungsinstituts glauben nicht einmal ein Fünftel der österreichischen Eltern, „dass wir in einer sehr kinderfreundlichen Gesellschaft leben“.

<http://www.faz.net/s/Rub83E1FBA3A0AC4CC1951F8FC1EDEB6713/Doc~ED7317438D498455388901B93FF4185FA~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

BETRIEBSKINDERGARTEN

Mehr Rechte für Leiharbeiter

[ORF.at](#)

So hätten die "Überlassenen" Arbeitskräfte oft Zugang zu einer Kantine, aber schon eher nicht zu einem **Betriebskindergarten** und schon gar nicht zu einer ...

BM:UKK / BM.W_F

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWf Homepage](#)

Alle Informationen des [bm.ukk](#) und des [bm.w.f](#) zur PädagogInnen-Ausbildung NEU

Schmied will Lehrerkompetenzen beim Bund
[ORF.at](#)

Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) hat sich heute in der ORF-Pressesunde dafür ausgesprochen, Bildung und Lehrer beim Bund anzusiedeln - und nicht ...

**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN,
BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote
Aktuelle Finanzprognose der österreichischen Städte und Gemeinden bis 2014 - Transferzahlungen wachsen weiterhin stärker als die Ertragsanteile. Finanzielle Spielräume der Städte und Gemeinden schwinden trotz etwas besserer Einnahmensituation.

Wien (OTS) - Analog zu den Wirtschaftsforschungsinstituten IHS und WIFO, die regelmäßig Prognosen der Österreichischen Wirtschaft erstellen, besteht in Österreich ein einziges ausgewiesenes Institut, das sich mit den kommunalen Finanzen befasst: Das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung. KDZ und Österreichischer Städtebund präsentierten in einem Mediengespräch im Rathaus die aktuelle Finanzprognose der Österreichischen Städte und Gemeinden, diese Prognosezahlen sollen in Zukunft regelmäßig der Medienöffentlichkeit vorgestellt werden.

Die aktuelle Prognose reicht bis ins Jahr 2014. Trotz höherer Ertragsanteile geht der Überschuss der laufenden Gebarung stark zurück. Die Transferzahlungen an die Länder wachsen weiter stark an und lassen dadurch kaum finanziellen Handlungsspielraum.

Weiterhin sinkende Überschüsse trotz Mehreinnahmen

Demnach führt die wirtschaftliche Entwicklung zu einer geringfügigen Verbesserung der Gemeindefinanzen. Die österreichischen Städte und Gemeinden erwirtschaften 2014 einen knappen Überschuss der laufenden Gebarung. Unter der Annahme, dass gemäß dem im Finanzausgleich festgelegten Schlüssel ein Drittel der Mehreinnahmen Ländern und Gemeinden zugute kommt, könnten den Kommunen 2014 rund 190 Mio. Euro ins Haus stehen. Dennoch bleibt der Entwicklungstrend deutlich negativ.

Der Überschuss der laufenden Gebarung aller österreichischen Gemeinden sank von 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2007 auf 870 Mio. Euro 2009 und wird im Jahr 2014 auf 243 Mio. Euro sinken, (exklusive der Mehreinnahmen aus der geplanten Steuererhöhung). Den Gemeinden stehen somit keine Mittel zur Verfügung, um die erforderlichen Investitionen (in den letzten Jahren im Schnitt 1,4 Mrd. Euro pro Jahr nach Abzug der Bedarfszuweisungen und Veräußerungserlöse) zu finanzieren.

Gleichzeitig ist es wichtig, weiterhin in die kommunale Infrastruktur zu investieren, um die Standards der Daseinsvorsorge auf dem aktuellen Niveau zu halten. Hierzu zählen Instandhaltungs- und Ersatzinvestitionen bei Straßen, Schulgebäuden, Wasser- und Kanalnetzen, aber auch **Kindergärten**, Jugendarbeit oder Seniorenbetreuung.

Damit diese finanzierbar sind und es zu keinem Investitionsrückstau kommt, der mittelfristig einen zusätzlichen finanziellen Mehraufwand bedeuten würde, bedarf es einer umsichtigen Investitions- und Finanzplanung. Zudem muss diese Planung durch weitreichende Konsolidierungsmaßnahmen der Gemeinden flankiert werden.

Transferbelastungen sind die Hauptursache

Die Transferbelastungen allen voran die Sozialhilfeumlage und die Krankenanstaltenumlage nehmen jährlich um bis zu zehn Prozent und teilweise auch noch mehr zu. Hier sind strukturelle Reformen notwendig. Entweder sind Standards in diesen Bereichen anzupassen oder die Finanzierungsbasis zu verbreitern, um die demografisch bedingte und generell steigende Nachfrage finanzieren zu können. Jedenfalls sollten die Städte und Gemeinden aus der Mitfinanzierung dieser Länderaufgaben schrittweise entlastet werden, indem zB die Transferausgaben nur in demselben Ausmaß steigen dürfen wie die Ertragsanteile.

Strukturelle Lösungsansätze erforderlich

Die Entwicklung von stark steigenden Ausgaben bei gleichbleibenden (oder nur schwach steigenden Einnahmen) wird ohne grundlegende Strukturreformen dazu führen, dass bald gar kein Geld mehr für Investitionen vorhanden ist. Folgende Reformen sind dringend notwendig:

- o Der Anstieg der Transferzahlungen an die Länder muss reduziert werden.
- o Zusammenführung der Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung auf einer Ebene - zB für die Sozialhilfe und die Krankenanstalten sind die Länder verantwortlich, für die **Kinderbetreuung** Städte und Gemeinden.
- o Aufgabenorientierter Finanzausgleich: Neben den Basisaufgaben sollen Sonderlasten aufgrund soziodemografischer (z.B. Anzahl der Jungen und der Alten) sowie topo- und geografischer Faktoren (z.B. Siedlungsdichte und Seehöhe) und zentralörtliche Funktionen besser bei der Mittelverteilung berücksichtigt werden.
- o Kurzfristig ist die Abgabenaunomie zu stärken. Eine Reform der Grundsteuer, eine Abschaffung bzw. Abgeltung der Befreiungen bei Grundsteuer und Kommunalsteuer bilden hier wichtige Ansätze.

"Mit gemeindeinternen Maßnahmen und interkommunalen Kooperationen wäre eine Einsparung von drei bis fünf Prozent der laufenden Ausgaben möglich. Für eine nachhaltige Konsolidierung der Gemeindefinanzen bedarf es geänderter Rahmenbedingungen", so Peter Biwald, Geschäftsführer des KDZ.

"Wir fordern umfassende Strukturreformen: eine radikale Transferentflechtung, weg mit Doppelgleisigkeiten zwischen Ländern und Gemeinden und endlich eine klare Aufgabenteilung," so Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. "Städte und Gemeinden haben bisher den Stabilitätspakt immer eingehalten und sind nach wie vor der größte öffentliche Investor in Österreich. Wenn sie diese Aufgabe weiterhin wahrnehmen sollen, so braucht es jetzt die entsprechenden Rahmenbedingungen", so Weninger abschließend. (Schluss)

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:

www.wien.gv.at/rk/

Mag.a Saskia Sautner

Mediensprecherin

Österreichischer Städtebund

Telefon: 01 4000-89990

Mobil 0676 8118 89990

E-Mail: saskia.sautner@staedtebund.gv.at

www.staedtebund.gv.at

Mag.a Michaela Bareis MA

KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung

Telefon: 01 8923492-17

E-Mail: bareis@kdz.or.at

www.kdz.or.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Länder als Gefahr für das Schulsystem?

Der internationale Vergleich zeigt: Eine Verländerung der Schulverwaltung treibe Österreich „in eine irrationale Richtung“. Der Einfluss der Landeschefs schade der Effizienz, besagt ein Gutachten des Ministeriums.
Von Christoph Schwarz

Der Widerstand gegen die Pläne der Landeshauptleute, sich die Kompetenzen im Schulbereich zu sichern, wächst stetig – die Kritik wird immer härter: Das Vorhaben der Länder führe dazu, dass „eine bildungspolitische Gesamtverantwortung in Österreich nicht mehr besteht“, sagt nun der Wiener Verfassungsjurist Heinz Mayer.

Es sei davon auszugehen, dass die vor allem von schwarzen Landeschefs geforderte Verländerung „die Effizienz des Bildungssystems nachteilig beeinflusst“, schreibt er in einem der „Presse“ vorliegenden Gutachten für Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ). Diese wünscht sich mehr Kompetenzen für den Bund, ÖVP-Bundeschef Josef Pröll ist aber auf Länderlinie eingeschwenkt.

Das Gutachten bestätigt genau jene Befürchtungen, die die ÖVP-Landeschefs zu zerstreuen versuchen: Die Länder könnten neun verschiedene Schulsysteme errichten – ein Wechsel zwischen einzelnen Regionen wäre so kaum noch möglich, schreibt Mayer. Dass der Bund, dem die Länder nur die „Grundsatzgesetzgebung“ zugestehen wollen, noch lenkend eingreifen könnte, glaubt Mayer nicht. Es sei nicht zu verhindern, dass Länder unterschiedliche Schulformen und Bildungsinhalte verwirklichen. Fazit: Der Bund wäre nur noch für die (intransparente) Finanzierung einer „von ihm kaum gestaltbaren Bildungspolitik zuständig“.

Effiziente Reformen in Europa

Auch ein Blick ins Ausland, so Mayer, zeige: „Effiziente Schulreformen in Europa haben in den vergangenen Jahrzehnten andere Wege beschritten.“ Das bestätigt auch Lorenz Lassnigg, Bildungsforscher am Institut für Höhere Studien (IHS). Die „ineffizienten Strukturen“ in Österreich seien ein internationales Unikum und beweisen, dass „die Debatte über die Verländerung unser Land in eine irrationale Richtung treibt“, so Lassnigg. Er hat für die „Presse“ ausgewählte Bildungssysteme verglichen.

•Schweiz:

Die Schweiz lebt vor, was sich Österreichs Länder wünschen. Die Schulkompetenzen sind fast zur Gänze bei den Kantonen angesiedelt, die in einem „politischen Wettbewerb“ um die beste Lösung stehen. Entscheidender Unterschied: Die Kantone sind (anders als die Länder) selbst für die Finanzierung der Schulen verantwortlich. Dieser „Wettbewerbsföderalismus“ führt dazu, dass sich die Kantone aktiv um die „für die Effizienz nötige Deckung von Finanzierung und Leistung“ bemühen, so Lassnigg. Doch auch in der Schweiz geht der Trend – seit die Bevölkerung das 2006 in einer

Abstimmung gefordert hat – in Richtung Vereinheitlichung. „In Zeiten internationaler Mobilität stoßen kleinräumige Bildungssysteme an ihre Grenzen“, so Lassnigg.

•**Niederlande/Skandinavien:**

In nordischen Ländern und den Niederlanden herrscht ein hoher Grad an lokaler Autonomie. Viele Kompetenzen liegen bei den Schulen. In den Niederlanden wird das System zentral finanziert, die Mittel werden direkt an die Schulen, die sich oft zu Bildungszentren zusammenschließen, vergeben. Sie müssen sich einer Leistungsevaluierung stellen, die die Einheitlichkeit des Systems wahrt. Der Nachteil: ein hohes Ausmaß an Bürokratie. In Skandinavien spielen regionale Einheiten wie Länder auch keine Rolle. Die Verwaltung obliegt vor allem den, so Lassnigg, „weniger politisierten“ Kommunen.

•**Australien:**

Hier ist das Schulsystem föderal organisiert. Allerdings mit schlanker Verwaltung: Im Staat Victoria (vergleichbar mit Gesamtösterreich) etwa hat die konservative Regierung in radikalen Reformen alle Subsysteme abgeschafft. Neben der zentralen Ebene gibt es nur die Schulen. Es werden mit jedem Standort dreijährige Zielvereinbarungen geschlossen, die Einhaltung wird extern geprüft.

•**Deutschland:**

Am ehesten mit den Wünschen der Länder vergleichen lässt sich das deutsche Modell. Hier fand vor vier Jahren eine „Verlängerung“ statt, mit der sich der Bund die Zustimmung zur Föderalismusreform erkaufte. Ein Kooperationsverbot verhindert direkte Eingriffe des Bundes. Mit fatalen Folgen: Deutschland beklagt heute ein föderales Durcheinander. Mittlerweile hat sich eine politische Bewegung formiert, die die Kompetenzen zurück zum Bund holen will.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 08.11.2010 -http://diepresse.com/home/bildung/schule/608292/Laender-als-Gefahr-fuer-das-Schulsystem?_vl_backlink=/home/bildung/schule/index.do)

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

LH Dörfler: Land Kärnten gewährt die höchsten familienbezogenen Leistungen - Laut RH-Rohbericht wendet Kärnten sechs mal so viel an Familienförderung auf wie Land Salzburg.

Klagenfurt (OTS/LPD) - Das Land Kärnten ist in Sachen Familienpolitik und Familienförderung klarer Vorreiter. Dies bestätigt einmal mehr eine Überprüfung des Rechnungshofes, die die familienbezogenen Leistungen des Bundes sowie der Länder Kärnten, Oberösterreich und Salzburg miteinander verglichen hat.

Aus dem Rechnungshof-Rohbericht geht hervor, dass unser Bundesland inklusive der institutionellen **Kinderbetreuung** insgesamt 54,8 Millionen für familienbezogene Leistungen aufwendet. Salzburg hingegen lediglich 33,34 Millionen Euro. Hinsichtlich der Geldleistungen an Familien im Jahr 2009 stellte Kärnten 14,83 Millionen Euro bzw. 0,10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bereit.

Im Vergleich dazu gab das Bundesland Oberösterreich lediglich 13,34 Millionen Euro bzw. 0,03 Prozent des BIP aus, Salzburg gar nur 2,4 Millionen Euro bzw. 0,01% des BIP. "Dieser Vergleich des Rechnungshofes stellt Kärnten ein exzellentes Zeugnis aus. In keinem anderen Bundesland werden Familien dermaßen finanziell unterstützt. Kärnten setzt damit wichtige familienpolitische Akzente", beschreibt Dörfler die Ergebnisse des Berichtes.

So wurde im Jahr 2009 jede Familie in Kärnten mit individuellen Geldleistungen in der Höhe von 203 Euro bzw. jedes Kind mit 125 Euro gefördert. Das Bundesland Oberösterreich wendete hingegen pro Familie lediglich 72 Euro pro Jahr auf, für jedes Kind 43 Euro. Klares Schlusslicht ist Salzburg mit 35 Euro pro Familie bzw. 21 Euro pro Kind. "Diese Gegenüberstellung des Rechnungshofes zeigt, dass Kärnten seine Familien und **Kinder** sechs Mal mehr fördert als beispielsweise Salzburg", so Dörfler, der darin die Wertschätzung eines Landes gegenüber seinen Familien dargestellt sieht.

So legt der Landeshauptmann als Familien- und Kinderreferent großen Wert darauf, Familien und Kinder entsprechend zu fördern und finanziell zu entlasten, während andere Bundesländer weniger auf die finanzielle Stützung der Finanzbudgets von Familien achten. In Kärnten seien etablierte Familienleistungen wie der Familienzuschuss oder das Kärntner Babygeld bereits seit Jahren fixer Bestandteil der Familienpolitik, während das Bundesland Salzburg beispielsweise Familien keine vergleichbare Unterstützung gewährt. Hinzu komme das in Kärnten seit 2003 bestehende Schulstartgeld, das für Familien eine weitere wichtige Leistung in der Form von Gutscheinen darstellt.

Bezugnehmend auf die im Rahmen der Budgetkonsolidierung im Jahr 2010 notwendigen geringfügigen sozialverträglichen Anpassungen im Bereich

der Familien stellte Dörfler klar, dass Kärnten auch zukünftig das familien- und kinderfreundlichste Bundesland in ganz Österreich bleiben wird und Familien auf eine entsprechende Unterstützung des Landes Kärnten vertrauen können.

Rückfragehinweis:
Kärntner Landesregierung, Landespressediens
Tel.: 05- 0536-22 852
<http://www.ktn.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Dr. Tina Widmann wird als Nachfolgerin von Landesrätin Doraja Eberle zum neuen Mitglied der Landesregierung gewählt

(LK) Landtagspräsident Simon Illmer hat das Plenum des Salzburger Landtages für kommenden Mittwoch, 10. November, zur 2. Sitzung der 3. Session der 14. Gesetzgebungsperiode einberufen.

Am Beginn der Sitzung wird als Nachfolgerin von Doraja Eberle, die ihre Funktion als Landesrätin aus persönlichen Gründen zurückgelegt hatte, voraussichtlich Dr. Tina Widmann zum neuen Mitglied der Landesregierung gewählt und anschließend auf die Landesverfassung angelobt werden.

Im Anschluss daran werden Vorlagen und Berichte der Landesregierung, Berichte der Rechnungshöfe und Anträge von Abgeordneten den zuständigen Ausschüssen sowie Schriftliche Anfragen von Abgeordneten den zuständigen Regierungsmitgliedern zur Beantwortung zugewiesen. In weiterer Folge steht die Aktuelle Stunde auf der Tagesordnung, deren Thema in der Präsidialkonferenz am kommenden Montag, 8. November, festgelegt wird. Danach sind die Fragestunde zur Beantwortung von Mündlichen Anfragen sowie die Beantwortungen von Dringlichen Anfragen, so ferne solche eingebracht werden, vorgesehen.

Voraussichtlich nach der Mittagspause werden Berichte der Ausschüsse über die Behandlung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung, von Anträgen von Abgeordneten sowie je eines Berichtes des Rechnungshofes und des Landesrechnungshofes diskutiert und endgültig verabschiedet. Zum Abschluss der Sitzung werden die Beantwortungen von insgesamt zwölf Schriftlichen Anfragen von Abgeordneten an die Landesregierung bzw. einzelner Regierungsmitglieder debattiert.

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=45958>

Zur Person Dr. Tina Widmann (50)

Die gebürtige Deutsche übersiedelte als Kleinkind nach Salzburg, später in den Pinzgau – wo sie mit ihrem Mann Paul lebt. Die Mutter eines 20-jährigen Sohnes und einer 18-jährigen Tochter ist Juristin, evangelische Religionspädagogin, Jägerin und Kinderbuchautorin. Darüber hinaus bietet sie mit ihrem Unternehmen „Recht einfach“ kostenlose Rechtsberatung für Jugendliche und Senioren, leitet das Kinder- und Jugendanwaltschafts-Projekt „MutMachen“ im Pinzgau und engagiert sich bei zahlreichen weiteren Projekten rund um Kinder und Integration ehrenamtlich. Sie wurde mehrfach ausgezeichnet – etwa mit dem Salzburger Kinderrechtspreis und dem Salzburger Löwen.

http://www.meinbezirk.at/St.Johanni.P./bez_99/channel_1-1-8/chsid_1/uid_4668/id_836068

→ Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Tina_Widmann

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL

Tirol: www.tirol.gv.at



Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

VP-Riha: Werden Grüne auch mit ihren Forderungen für Kinder vor Häupl auf die Knie gehen? - Was vor der Wahl von Vassilakou gefordert wurde, muss auch danach noch gelten!

Wien (OTS) - Angesichts der sich abzeichnenden Tatsache, dass die Grünen für eine Koalition mit der Wiener SPÖ bereit sind, grüne Kernforderungen aus dem Wahlkampf ohne Probleme über Bord zu werfen, fordert ÖVP Gemeinderätin Monika Riha Grünen Chefin Vassilakou auf, nicht auch noch die Kinder auf dem Koalitionsaltar zu opfern. "Forderte die zukünftige Vizebürgermeisterin noch vor der Wahl im Rahmen einer Diskussion mit **KindergartenpädagogInnen** eine Gehaltserhöhung für KindergartenpädagogInnen um 40 Prozent, so ist heute davon nichts mehr zu hören. Auch von einer noch vor der Wahl von den Grünen propagierten Abänderung des Betreuungsschlüssels (Anm.: zwei KindergartenpädagogInnen pro 15 Kinder) ist derzeit, wie der ÖVP Wien zugetragen wurde, nicht auszugehen. Es ist traurig, dass die Halbwertszeit von grünen Wahlversprechen derart kurz ist. Was noch am 9. Oktober Gültigkeit hatte, ist heute schon vergessen", so Riha.

Es bleibe zu hoffen, dass man wenigstens nicht darauf vergesse, endlich für ausreichend Betreuungsplätze für alle Kinder von 0-6 Jahren zu sorgen. Noch immer fehlen in Wien knapp 10.000 Plätze, um von einem bedarfsgerechten Angebot sprechen zu können. Auch das Versprechen von Bürgermeister Häupl, einen **Gratiskindergarten** für alle Wiener Kinder von 0-6 zu schaffen, harrt noch immer der Umsetzung. "Nach wie vor ist der Kindergarten für knapp die Hälfte der Eltern nicht gratis, teilweise sogar teurer als vorher. Die Grünen täten gut daran, nicht gleich alle ihre Ideale und Forderungen zu vergessen. Zudem sei den Grünen auch gesagt, dass fünfjähriges ständiges Knien zu Gesundheitsschäden führen kann", so Riha abschließend.

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien
Tel.: T: (+43-1) 4000/81 913, F:(+43-1)4000/99 819 60
<mailto:presse.klub@oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

FAMILIENPOLITIK

Mitterlehner: "Familienleistungen europaweit im Spitzenfeld" - Budgetbegleitgesetze zur Familie gehen in Begutachtung - "Einschnitte schmerzhaft aber Niveau der Familienleistungen bleibt über dem Jahr 2008".

Wien (OTS/BMWFJ) - Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend wird die Gesetze zum Budget 2011 am Mittwochabend in Begutachtung schicken. "Im Bereich Familien müssen wir schmerzhaft Einschnitte vornehmen. Die Summen sind aber seit Monaten bekannt. Das Parlament hat sie beschlossen", sagt Mitterlehner.

"Wir liegen mit den jährlich 6,5 Milliarden Euro, mit denen wir die Familien unterstützen, im europäischen Spitzenfeld. Nach den jetzt notwendigen Kürzungen bekommen Österreichs Familien noch immer mehr als im Jahr 2008", so Mitterlehner weiter. Denn mit der Einführung der 13. Familienbeihilfe, der Steuerreform und der steuerlichen Absetzbarkeit der **Kinderbetreuung** wurden 2009 die Leistungen um 510 Millionen aufgestockt.

Der Begutachtungsentwurf sieht vor, dass die Familienbeihilfe

künftig bis zum vollendeten 24. Lebensjahr ausgezahlt wird. Für den Präsenzdienst, den Zivildienst und die Zeit des Mutterschutzes gelten die Ausnahmeregelungen weiter. Studenten, die diese Ersatzzeiten vorweisen können, können also bis zum Ende des 25. Lebensjahres die Familienbeihilfe beziehen, sofern sie nicht früher mit dem Studium fertig werden. Behinderte, die sich in einer Ausbildung befinden, bekommen die Familienbeihilfe ebenfalls bis zum 25. Geburtstag. "Mit der neuen Bologna-Studienarchitektur wurde die Mindeststudiendauer für den Bachelor auf sechs Semester festgelegt, für den Master auf weitere vier Semester. Es sollte daher möglich sein, das Studium bis zum 24. bzw. 25. Lebensjahr zu beenden", sagt Mitterlehner.

Weiters wird die 13. Familienbeihilfe auf das ursprünglich intendierte Schulstartgeld zurück geführt. Für Kinder im Alter von sechs bis 15 Jahren werden künftig im August bzw. September 100 Euro ausgezahlt, was in diesem Bereich nur zu marginalen Kürzungen führt.

Eine deutliche Entlastung bringt den Eltern und Schulen die Abschaffung des Selbstbehaltes für Schulbücher, der je nach Schultyp zwischen fünf und 23 Euro beträgt. "Ab dem kommenden Schuljahr müssen die Schulen keine Erlagscheine mehr ausfüllen, die die Eltern dann einzahlen müssen. Das reduziert nicht nur den Verwaltungsaufwand, sondern bringt den Familien auch 9,7 Millionen Euro pro Jahr", so Mitterlehner.

Die Familienbeihilfe für Arbeitsuchende zwischen 18 und 21 Jahren wird gestrichen, ebenso die Zahlung der Familienbeihilfe drei Monate nach Beendigung der Berufsausbildung. Auch der Mehrkinderzuschlag fällt künftig weg, der bisher im Nachhinein beim Finanzamt beantragt werden kann. Weiterhin erhalten bleibt aber die Geschwisterstaffel, bei der sich die Zahlungen für zwei Kinder um 12,80 Euro monatlich erhöhen, bei drei um 47,80 Euro, bei vier Kindern um 97,80 und für jedes weitere Kind um 50 Euro. Ebenfalls unverändert bleibt die Staffelung der Familienbeihilfe nach Alter.

Nicht berührt von den Änderungen sind die Mitversicherung der Kinder bei den Eltern und die Waisenrente. Beide Leistungen können weiterhin bis zum 27. Lebensjahr bezogen werden, wenn entweder Familienbeihilfe bezogen wird oder ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig betrieben wird.

Mit diesen Regelungen kann das Wirtschafts- und Familienministerium die Sparvorgaben in Höhe von 3,5 Prozent des Budgets 2009 erfüllen. Auch für die kommenden Budgets können die Einsparungsziele erreicht werden. Sie liegen mit den 3,5 Prozent auf dem Niveau der Vorgaben an die meisten Ministerien. Die Sparmaßnahmen sind nicht zuletzt wegen der Überschuldung des Familienlastenausgleichsfonds notwendig. Dieser zahlt die Leistungen aus und wird heuer um 900 Millionen Euro mehr ausgeben, als er einnimmt. "Dieses Defizit können wir nicht ausufern lassen und müssen die Verschuldungssituation des FLAF strukturell lösen", so Mitterlehner abschließend.

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
 Pressesprecher des Bundesministers:
 Mag. Waltraud Kaserer
 Tel.: +43 (01) 71100-5108 / Mobil: +43 664 813 18 34
<mailto:waltraud.kaserer@bmwfi.gv.at>

Mag. Volker Hollenstein
 Tel.: +43 (01) 71100-5193 / Mobil: +43 664 501 31 58
volker.hollenstein@bmwfi.gv.at

Referat Presse: Dr. Harald Hoyer
 +43 (01) 71100-2058
presseabteilung@bmwfi.gv.at
www.bmwfi.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/48/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Musiol: Bundeszuschuss für Kinderbetreuung rasch verlängern - Grüne nehmen ÖVP-Familienminister Mitterlehner beim Wort und fordern Taten.

Wien (OTS) - "Sehr erfreut" zeigt sich die Familiensprecherin der Grünen, Daniela Musiol, über die Ankündigungen von Familienminister Mitterlehner, wonach es eine Kehrtwende in der Familienpolitik geben müsse - weg von Geld- hin zu mehr Sachleistungen. "Wir stimmen Mitterlehner voll zu. Armutsbekämpfung und -vermeidung kann nur funktionieren, wenn alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben und dementsprechend Infrastruktur dafür geschaffen wird. Es braucht mehr qualifizierte **Kinderbetreuung** - vom Kindergarten über den Hort bis zur Nachmittagsbetreuung von Schulkindern." Musiol fordert vom ÖVP-Minister sogleich Taten ein. "Der Bundeszuschuss zum Ausbau der Kinderbetreuung ist heuer ausgelaufen und bis dato liegt keine

Verlängerung vor. Sollte dies nicht geschehen, wird es in diesem Bereich in einigen Bundesländern zu Engpässen und Problemen kommen. Ich nehme Sie beim Wort, Herr Minister. Verlängern Sie so rasch wie möglich diesen Zuschuss."

Rückfragehinweis:
Die Grünen
Tel.: +43-1 40110-6697
<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Binder-Maier: Sachleistungen statt Geldleistungen - ÖVP hat Notwendigkeit einer modernern Familienpolitik endlich erkannt. Langjährige Forderung von SPÖ und Experten - Mehr Kinderbetreuungsplätze erleichtern Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wien (OTS/SK) - "Mehr und flächendeckende **Kinderbetreuungsplätze** erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Endlich hat auch die ÖVP die Notwendigkeit einer modernen Familienpolitik erkannt", begrüßt SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier die Ankündigung von Wirtschafts- und Familienminister Mitterlehner den Kurs in der Familienpolitik in Richtung Sachleistungen - vor allem mehr Kinderbetreuungsplätze - zu ändern

"Mit diesem Schritt in die richtige Richtung kehrt die Volkspartei endlich von ihrer überholten Werterhaltung ab und hat erkannt was SPÖ und Experten schon lange sagen: "Familien brauchen nicht nur Geldleistungen, sie brauchen vor allem die nötige Infrastruktur, also flächendeckende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Die leichtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist notwendig, damit wieder mehr junge Frauen und Männer Ja zu Kindern sagen", so Binder-Maier am Samstag im Gespräch mit dem SPÖ-Pressedienst. (Schluss) sv/up Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Die gescheiterte Familie

[Profil.at](#)

Dabei gäbe es, bei nüchtern-weltlicher Betrachtung, gute Gründe, die Familienpolitik von Grund auf zu reformieren. Sie ist sündteuer – und wirkt nicht.

...

Forderung nach "Kehrtwende" in Familien-politik: Minister will mehr Sachleistungen

[NEWS.at](#)

Familienminister Mitterlehner kündigt eine "Kehrtwende" in der Familienpolitik an - weg von Geldleistungen und hin zu mehr Sachleistungen, ...

Budget 2011 - Einsparungen im Familienbereich

Die geplanten Kürzungen haben zahlreiche Proteste ausgelöst.

Bereits vor dem Bekanntwerden der konkreten Maßnahmen ist das Österreichische Familiennetzwerk gegen die beabsichtigten Kürzungen aufgetreten und hat mögliche Lösungswege aufgezeigt: <http://www.ief.at/content/site/newsletter/>

"Die Interessen der Familien werden angesichts der gigantischen Kürzungen im Familienbudget nicht ernst genommen, weil Familien keine gesetzlich festgeschriebene Interessensvertretung haben, kritisierte die Präsidentin des österreichischen Familienbundes, LAbg. Andrea Gottweis. Der Familienbund fordert Bundesfamilienvertretung nach Vorbild des Bundesseniorengesetzes
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101028_OTS0237/praes-andrea-gottweis-interessen-der-familien-werden-nicht-ernst-genommen

Die Interessenvertretung der NÖ Familien enttäuscht über Budget-Einsparungen bei Familienleistungen. Präsidentin Adensamer erwartet als Ausgleich familienfreundliche Maßnahmen im Steuerrecht
http://text.ots.at/meldung.php?k=OTS_20101025_OTS0185&q=&von=20100405&bis=20101025

Kinderreiche Familien haben eine spezifische literarische Gattung gewählt: <http://schreibfreiheit.eu/2010/10/31/philippika-der-kinderreichen-familien-gegen-diese-regierung/>

„Familienzukunft Österreich“ hat eine Bürgerinitiative „SOS Familie“ gegründet:
<http://www.sosfamilie.at>

Der Katholische Familienverband Österreichs hat in wiederholten Aussendungen die geplanten Maßnahmen scharf kritisiert <http://www.familie.at/> und ein internetbasiertes „Protestbuch“ eingerichtet: www.familienprotest.at

Familienbischof Klaus Küng ist ob der Kürzungen im Familienbereich verärgert - und er übt Kritik an der ÖVP. In einem offenen Brief, der dem KURIER vorliegt, appelliert der Oberhirte der Diözese St. Pölten an ÖVP-Chef und Finanzminister Josef Pröll, die Budget-Kürzungen zulasten der Kinder "zu überdenken".

Der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Minister, Erlauben Sie mir, mich in der Angelegenheit des Budgets und der Reduktion der Familienleistungen persönlich an Sie zu wenden. An der sehr heftigen Reaktion der letzten Tage auf die jüngsten Ankündigungen, besonders was die Familienbeihilfe betrifft, haben Sie sicherlich selber gemerkt, dass hier ein Nerv getroffen wurde.

"Falsches Signal" Auch ich habe in meiner Funktion als Familienbischof ein lebhaftes Echo erhalten und kann mich daher den Bemerkungen des Kardinals (Christoph Schönborn, Anm. der Red.) nur anschließen: wer bei denen spart, die durch den Mut zu Kindern einen außerordentlichen Beitrag zum "Österreich von morgen" leisten, setzt ein falsches Signal. Wer sich heutzutage für Kinder entscheidet, verzichtet ohnehin schon auf sehr vieles. Dass man unter diesen Umständen gerade die einkommensschwachen Familien mit der Streichung des Mehrkindzuschlags trifft, bedrückt mich besonders.

Ich würde es mir gerade von der ÖVP wünschen, dass sie die eigentliche Not des Landes wahrnimmt und es Menschen hier ermöglicht, "Ja" zu sagen zu mehr Kindern. Ich wäre dankbar, wenn Sie die geplanten Kürzungen gerade im Familienbereich noch einmal sehr ernsthaft überdenken und bieten an, über dieses Thema mit Ihnen auch zukünftig im Gespräch zu bleiben.

Ihr Klaus Küng

<http://kurier.at/nachrichten/2045015.php>

Der zuständige Vizekanzler und Finanzminister, Josef Pröll, gibt sich in einem PRESSE-Interview (veröffentlicht am 29. Oktober 2010, im Folgenden auszugsweise wiedergegeben) unbeeindruckt:

DIE PRESSE: Die ÖVP gilt als die Familienpartei. Ausgerechnet Sie kürzen nun bei der Familienbeihilfe.

Pröll: Ich kann mit solchen Zuschreibungen nichts anfangen. Schauen wir uns den Familienbereich an: Wir haben die 13. Familienbeihilfe 2008 eingeführt und zweimal ausbezahlt.

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/605931/index.do?_vl_backlink=/home/index.do

Auch Familien- Staatssekretärin Christine Marek sieht keinen Spielraum für Abmilderungen:

<http://www.vol.at/news/politik/artikel/regierung-bleibt-hart/cn/news-20101029-06172215>

und äußert im Nachhinein Bedauern über die erfolgten Einsparungen (vor dem Sommer wurden Hinweise von Experten, wie Belastungen für Familien zu vermeiden wären, leichtfertig abgetan!)

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/606308/index.do>

Möglicherweise werden die politischen Zuständigkeiten für Familienpolitik auf Bundesebene demnächst neu geregelt:

<http://derstandard.at/1288160391749/Marek-soll-Regierung-verlassen-und-sich-um-Wien-kuemmern?seite=2>

<http://www.heute.at/news/wienwahl/Marek-vor-Abschied-aus-der-Bundespolitik;art9969.449688>

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/606975/index.do?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do

Aus: www.ief.at

Herausgeber:

Prof. Günter Danhel, DSA

Direktor des Instituts für Ehe und Familie

Tel. +431 515 51 / 3651

guenter.danhel@ief.at

Versand:

Christa Käsmayer

Institut für Ehe und Familie

Tel. +431 515 52 / 3658

christa.kaesmayer@ief.at

Familienverband: "Retuschierende Budgetkosmetik" reicht nicht

[Kathweb](#)

Zugleich hielt Steindl fest, dass Familienpolitik nicht von Wahlterminen abhängig gemacht werden dürfe. Vor den Nationalratswahlen 2008 sei "mit großem ...

Familienverband: Rückenwind für "Thema Nr. 1" Familie nützen

[Kathweb](#)

Er befürwortete in einer Aussendung am Sonntag eine Diskussion über die Neuausrichtung der Familienpolitik und einer Neustrukturierung der Familiengelder. ...

Rechnungshof: "Sparpaket reicht nicht aus"

[DiePresse.com](#)

Positiv steht Grillitsch einer neuen Ausrichtung der ÖVP in der Familienpolitik gegenüber. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hatte eine Kehrtwende ...

[Alles zu diesem Thema ansehen »](#)

GENDER

Job und Familie: Väter in der Zwickmühle

DiePresse.com

Das besagt eine Studie des Zentrums Gender Studies der Universität Basel. Interviews mit 60 Schweizer Akademikern, die Hälfte davon kinderlos, zeigen, ...

[Männer in der Zwickmühle](#) ORF.at

[Alle 10 Artikel »](#)

"Ungleiche Schwestern"

dieStandard.at

Die Spielarten dieses Geschlechterwissens - Gender-ExpertInnenwissen, feministisch-wissenschaftliche Kritik und alltagsweltliches Geschlechterwissen

- wurde ...

KINDERBETREUUNG

Kinderbetreuung noch immer Frauensache

[ORF.at](#)

In Österreich ist Kinderbetreuung noch immer Frauensache. Im Oktober sind weniger als fünf Prozent der Väter in Karenz gewesen. Auch im Burgenland ist der ...

KINDERRECHTE

Kinderrechte in Verfassung: Opposition drängt auf Gespräche - news ...

Durch die Verankerung in der Verfassung würden Kinderrechte künftig einklagbar. Im Vorjahr war dieses Vorhaben gescheitert - einerseits an inhaltlichen ...

news.orf.at/stories/2024029/

100.000 Menschen sagen: "Kinder gehören nicht ins Gefängnis!" und stündlich werden es mehr - Initiative Gegen-Unrecht wird bereits von über 75 Organisationen getragen

Gestern Punkt 14:30 Uhr war es soweit: In nur 20 Tagen ist das gemeinsame Etappenziel der Initiative Gegen-Unrecht erreicht: Über 100.000 Menschen unterstützen die Anliegen der NGOs und sagen: "Kinder gehören nicht ins Gefängnis!" 100.000 Menschen fordern, dass die Kinderrechtskonvention ohne Einschränkung in der Verfassung verankert wird. 100.000 Menschen, die sich ein echtes Bleiberecht und ein neues Asyl- und Fremdenrecht wünschen. "Die Freude über die enorme Solidarität der Österreicherinnen und Österreicher ist überwältigend. Wir sehen sehr deutlich, dass die Menschen in unserem Land es weder verstehen noch akzeptieren, wenn Recht zu Unrecht wird. Die Österreicherinnen und Österreicher sehen hier nicht länger tatenlos zu! Wenn es die Rechtslage erfordert, gut integrierte Familien auseinander zu reißen und kleine Kinder frühmorgens mit schwer bewaffneten Sicherheitskräften aus den Betten zu holen und abzuschleppen, dann gehören diese Gesetze sofort geändert", so Klaus Schwertner, Sprecher der Initiative Gegen-Unrecht.

Als nächster Schritt findet die Übergabe der mehr als 100.000 Unterstützungserklärungen an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 11. November um 11 Uhr statt. "Wir freuen uns über jede weitere Unterstützungserklärung - und es werden stündlich mehr", so Schwertner.

Am 14. Oktober startete die Initiative Gegen-Unrecht mit einem Offenen Brief von Caritas, Diakonie, Amnesty International und SOS-Kinderdorf an die 183 Abgeordneten zum Nationalrat. Auch Bundespräsident Heinz Fischer und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl unterstützen die Anliegen der NGOs. Neben den Pfadfindern, den Kinderfreunden, dem Jugendrotkreuz, der Katholischen Jugend, der Volkshilfe, der Jungen Industrie, der UNICEF, beteiligt sich seit Freitag auch die österreichische Gewerkschaftsjugend als unterstützende Organisation. Insgesamt wird die Initiative www.gegen-unrecht.at bereits von über 75 Organisationen getragen.

Rückfragehinweise:

Klaus Schwertner, Caritas Erzdiözese Wien, 0664/8482618, klaus.schwertner@caritas-wien.at

Michaela Klement, Amnesty International Österreich, 0664/4001056, michaela.klement@amnesty.at

Viktor Trager, SOS-Kinderdorf Österreich, 0676/88144201, viktor.trager@sos-kd.org

Bettina Klinger, Diakonie Österreich, 0664 / 314 93 95, bettina.klinger@diakonie.at

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

Lehrerbildung in Salzburg bald einheitlich

[ORF.at](#)

Die Pädagogische Hochschule und die Uni arbeiten bereits an einem Konzept. Die Pädagogische Hochschule und die Universität erarbeiten zurzeit Vorschläge, ...

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

Mitgliederliste

Küberl: "Armutsbekämpfung ist Elchtest für Staat und Gesellschaft" - Franz Küberl wurde als Präsident der Caritas Österreich von

der Caritas-Direktorenkonferenz einstimmig wiedergewählt.

Wien (OTS) - Franz Küberl wurde nun im Rahmen der Caritas-Direktorenkonferenz (von Mittwoch bis Freitag in Graz) als Präsident der Caritas Österreich für die nächsten drei Jahre einstimmig wiedergewählt. Küberl ist seit 1994 Direktor der Caritas Graz-Seckau und seit 1995 auch Präsident der Caritas Österreich. Die Funktion des Caritas-Präsidenten übt Küberl ehrenamtlich aus.

Zur Arbeit der Caritas sagt Küberl: "Wenn die Hilfe der Caritas wächst, wächst auch die Kirche. Neben der praktischen Arbeit geht es aber auch darum, in aktuellen Debatten, etwa über Zuwanderung oder Bettler, klar Stellung zu beziehen." Seine persönliche Motivation für seinen Einsatz in den vergangenen und den kommenden Jahren beschreibt Küberl so: "Ich möchte den benachteiligten und notleidenden Menschen, für die die Caritas da ist, jeden Tag in die Augen schauen können."

Zu den wichtigsten Herausforderungen der Zukunft zählt der Caritas-Präsident die nationale und internationale Armutsbekämpfung, die Sicherung einer menschenwürdigen Betreuung und Pflege für alle Menschen sowie ein zukunftsfähiges Bildungssystem: "Die Armutsbekämpfung ist der Elchtest für Staat und Gesellschaft."

Besonders die Kürzung des Budgets der staatlichen Entwicklungshilfeagentur (ADA), und damit der Gelder, die zur direkten Armutsbekämpfung bestimmt sind, hält Küberl für einen "Skandal, der zum Himmel schreit": "Bis 2014 werden auf Kosten der Ärmsten insgesamt 83 Millionen Euro gekürzt. Im Jahr 2014 selbst ist das Budget (derzeit 98 Millionen Euro) um ein Drittel kleiner als heute. Damit verabschiedet sich eines der reichsten Länder entgegen immer wieder gemachter Versprechungen praktisch aus der Entwicklungshilfe", ist Küberl alarmiert.

Auf Österreich-Ebene sei die bedarfsorientierte Mindestsicherung ein erster Schritt, um das Land armutsfester zu machen. Hier brauche es nun aber eine rasche Einführung in den noch fehlenden Bundesländern, so Küberl. Derzeit ist die Mindestsicherung nur in Wien, Niederösterreich und Salzburg umgesetzt. Ausserdem müssten, so Küberl, vor allem Wohnkosten und unvorhersehbare Sonderausgaben zusätzlich gewährt werden, denn: "Von 744 Euro zwölf mal im Jahr kann keiner größere Reparaturen oder Spezialnahrung für ein krankes Kind bezahlen."

Um Menschen in Not zu unterstützen bittet Küberl im Rahmen der derzeitigen Caritas-Inlandshilfesammlung auch um die Mithilfe der österreichischen Bevölkerung. (PSK 7.700 004, BLZ 60.000, Kennwort: Inlandshilfe).

Um eine menschenwürdige Betreuung und Pflege für alle sicherzustellen forderte Küberl erneut die Schaffung eines Pflegefonds. Dieser müsse folgende Elemente enthalten: eine solidarische Finanzierung, einen Rechtsanspruch auf Pflegeleistungen, eine eCard für die Pflege sowie eine realitätsgerechte Pflegebedarfseinstufung. Küberl: "Bevor die notwendigen Strukturreformen in der Pflege umgesetzt sind, darf man auch nicht bei den betroffenen Menschen den Sparstift ansetzen. Es kann nicht sein, dass in Österreich laut Rechnungshof beispielsweise 280 Stellen mit Pflegegeldauszahlungen betraut sind und die Höhe der Pflegegeldstufe außerdem davon abhängt, wo man wohnt."

Dringenden Handlungsbedarf orte der Caritas-Präsident auch im österreichischen Bildungssystem: "Wir verspielen die Chancen der Kinder und Jugend unseres Landes, wenn wir nicht rasch die notwendigen Reformen im Bildungsbereich umsetzen: Gemeinsame Mittelschule der Zehn- bis Fünfzehnjährigen, kostenloser Förderunterricht, Qualitätssteigerung im Kindergarten und eine bessere Lehrerausbildung."

Rückfragehinweis:

Mag. Silke Ruprechtsberger
Caritas Österreich - Kommunikation
Albrechtskreithgasse 19-21, A-1160 Wien
Tel: +43 1/488 31-417
Mobil: 0664/82 66 909

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/61/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VERWALTUNGSREFORM

Modernisierung unseres Staats große Herausforderung - Gesundheit, Pflege, Bildung, Soziales und Kinderbetreuung wichtige Schwerpunkte.

St. Pölten, - (OTS/SPI) - "In Anbetracht der Tatsache, dass unser

Staatswesen, Bund Länder und Gemeinden, für wichtige Kernaufgaben, wie z.B. die Pflege, an Finanzierungsgrenzen stößt, es gleichzeitig aber viele Verbesserungspotentiale gibt, ist die Zeit reif, um konkrete Schritte zu setzen. Dabei ist auch die Wichtigkeit von länderspezifischen Verwaltungsreformen sowie Strukturbereinigungen im Bereich der Zuständigkeiten von Ländern und Gemeinden hervorzuheben. Ein weiteres Hinausschieben dringend notwendiger Reformen oder gar Verzögerungen bis hinein in die Finanzausgleichsverhandlungen für 2013 wären kontraproduktiv sowie vor allem für die Gemeinden negativ, die mit einer immer schwieriger werdenden Budgetsituation zu kämpfen haben", so Niederösterreichs SPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Sepp Leitner.

"Aufgaben und deren Finanzierung sind im Rahmen und zwischen den politischen Ebenen neu zu klären. Frei werdende Mittel sollen in Bildung, Forschung, aktive Arbeitsmarktpolitik, Pflege und Gesundheit fließen", so Leitner. Im Bereich der Bildung sollen frei werdende Mittel in den Ausbau der Neuen Mittelschule gemäß dem Modell von BM Claudia Schmied investiert werden. Für den Bereich der Pflege ist die Schaffung eines Pflegefonds mittels Dotierung aus einem Teil der Mehrsteuereinnahmen anzudenken, wobei damit neben dem Ausbau von Pflegeeinrichtungen in den Gemeinden auch eine Entlastung der Länder und Kommunen im Vordergrund steht. Im Bereich des Spitalswesens brauchen wir eine bessere bundesweite Koordinierung. "Einsparungs- und Synergieeffekte sind sicher auch im Bereich der Harmonisierung von zahlreichen Landesgesetzen, wie im Bereich des Jugendschutzes, **Kinderbetreuung** und anderes mehr, zu erzielen.

Klare Zuständigkeiten, so die Bereiche Pflege und Gesundheit umfassend bei den Ländern, der Bereich der **Kinderbetreuung** vollständig zu den Gemeinden, würde auch Spielräume schaffen, um weiterhin die Lebensqualität der Bevölkerung sichern und positiv gestalten zu können", so LHStv. Leitner abschließend.

Rückfragehinweis:

SPNÖ-Landesregierungsfraktion/SPNÖ-Landtagsklub
Mag. Andreas Fiala, Pressesprecher LHStv. Dr. Sepp Leitner
Tel.: 02742/9005 DW 12794, Mobil: 06642017137
<mailto:andreas.fiala@noel.gv.at>
www.noel.spoe.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/193/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Die Länder im Zentrum der Verwaltungsreform

DiePresse.com

Auch hier gibt es Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung, sind Unterrichtsministerium und Landesschulräte für ähnliche Aufgaben zuständig (dazu kommt auch ...

Steuergeld-Verschwendung, wohin das Auge reicht - Rechnungshof, WIFO und IHS zeigen in Verwaltungsreform-Berichten auf Hunderten Seiten, welche Mängel behoben, Mehrfachkompetenzen unterbunden und Synergiengeschaffen werden könnten, um das Budget zu entlasten und die Effizienz zu steigern. Ein Auszug.

Bundesrat

Die Länderkammer des Parlaments verfügt über 62 Abgeordnete, deren faktische Kompetenz - anders als in Deutschland - gegen null tendiert.

Landtage

Die neun Bundesländer haben jeweils eigene gesetzgebende Landtage mit insgesamt 448 Abgeordneten, die neben der EU- und der Bundesgesetzgebung keine Gesetze von Relevanz beschließen können bis auf neun unterschiedliche Jugendschutz- und Naturschutzgesetze oder Bauordnungen.

Gemeinden

Österreich besteht aus 2357 Gemeinden, die vielfach ihre eigene Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft und andere Infrastruktur-Einrichtungen haben. Zusammenlegungen aus Effizienzgründen empfiehlt der RH dringend.

Wetterdienste

Der Bund leistet sich vier Wetterdienste: die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik sowie zwei Wetterdienste der Flugsicherung Austro Control (einer für externe Leistungen, etwa für die Straßenbaugesellschaft Asfinag) und den des Bundesheeres. Einsparpotenzial: 16,2 Millionen Euro.

Polizei

In Wien gibt es 96 Polizeinspektionen, in München und Umland (vergleichbare Größe) 25. Das bedeutet, dass in Wien 41 Prozent des Personals im Außendienst (auf der Straße) sind, in München sind es 69 Prozent.

Katastrophenschutz

Die Kompetenzen sind auf vier Ministerien (Landwirtschaft, Verkehr, Finanzen, Inneres) und die Länder aufgesplittet. Einheitliche Regelungen und Gefahrenpläne gibt es nicht, der Ausgleich zwischen Gemeinden bei Investitionen (dass Gemeinden, die davon mitprofitieren, Kosten übernehmen) funktioniert selten.

Gewässer

Für Österreichs Flüsse sind nach unterschiedlichen Kriterien (u. a. die "Geschiebemenge" des Wassers) eigene Abteilungen im Verkehrs- und im Landwirtschaftsministerium sowie die Bundesländer zuständig.

Pflegegeld

Der Bereich Pflege ist auf 280 Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt. Der Kostenersatz ist uneinheitlich geregelt. Der Vermögensfreibetrag bei Pflege beträgt in Wien 3000 €, in Oberösterreich 12.000 €. Die Pflegegeldzuerkennung dauert von wenigen Wochen bis zu drei Monaten (Wien).

Gesundheitskosten

Stiegen die Ausgaben/Versicherten bei der Wiener Gebietskrankenkassa von 1993 bis 2006 um 54,9%, waren es bei der OÖGKK 37,5%. Eine Augendruckmessung kostet bei der OÖGKK 2,74 €, bei der WGKK 9,60 €.

Krankenanstalten

Spitäler obliegen Bund, Ländern, Gemeinden, Selbstverwaltungs- Trägern und privaten Einrichtungen. Gemäß Studien gibt es Kostennachteile für Krankenhäuser mit weniger als 200-300 Betten. 209 der 268 heimischen Krankenanstalten fallen darunter. Die Akutbetten-Dichte liegt 70 Prozent höher als in der EU.

Statistik

Neben der vom Bund ausgegliederten Statistik Austria erheben Landesstatistikämter oftmals die gleichen Daten. Laut Rechnungshofbericht ist die Koordination und Kooperation der Stellen mangelhaft.

Schule

Die Finanzierungs-, Aufgaben- und Ausgabenverantwortung ist zwischen Bund und Ländern zersplittert. Allein durch Verlagerung nicht lehrerspezifischer Aufgaben von Lehrern auf Verwaltungsbedienstete könnten jährlich 6,9 Millionen € durch Strukturreformen bei Volks-, Haupt-, Sonderschulen und Poly 20 Millionen € lukriert werden.

IT, Telefon

Bund, Länder und Gemeinden haben keine einheitlichen Hardware- und Softwarestandards und weisen daher Unterschiede in Beschaffung, Wartung und Schulung auf. Selbst die Ministerien haben unterschiedliche Telefonsysteme und parallele Netzwerkstrukturen.

Pensionen

Würde das Pensionssystem der Landes- und Gemeindebediensteten dem des Bundes angeglichen, wären innerhalb von 40 Jahren 700 Millionen Euro einzusparen. Die Reformen in den Ländern fielen bisher aber unterschiedlich aus oder haben allzu großzügige Übergangsregelungen. Vor allem Wien ist laut RH säumig.

Personal

Der Bund beschäftigt 132.909 Mitarbeiter, die Länder 141.972, alle Gemeinden Österreichs 74.325 Menschen. Der Sach- und Personalaufwand des öffentlichen Dienstes beläuft sich auf 41 Milliarden Euro (28,5 Prozent der Staatsausgaben). Ausgliederungen nicht mitgerechnet.

Personalabteilungen

Für das Personalmanagement der 132.000 Bediensteten des Bundes sind gezählte 160 Personalabteilungen zuständig. Zum Vergleich: Für die 34.676 Mitarbeiter des Erdöl- und Erdgaskonzerns OMV gibt es fünf Personalabteilungen, ab Jänner nur noch eine.

<http://kurier.at/nachrichten/2047622.php>

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen und
Events](#)

„Familien in Europa: Trends und Entwicklungen“

Das nächste Frühstückstreffen des Österreichischen Familiennetzwerks zum Thema „Familien in Europa: Trends und Entwicklungen“ findet am Donnerstag, dem 11. November 2010, von 08.45 bis 10.00 Uhr, statt.

Gast ist Dipl.-Sozialpäd. Olaf Kapella, langjähriger Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung. Olaf Kapella studierte Sozialpädagogik in Bamberg und Coburg. Seine Arbeitsschwerpunkte: Genderforschung, Sexualpädagogik, Evaluierung des **Kinderbetreuungsgeldes**, Partnerschaft, Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Zum Thema:

Familie ist nach wie vor der zentrale Lebensmittelpunkt der Menschen. In dieser Werthaltung unterscheiden sich die verschiedenen Länder in Europa nicht. Was jedoch die Bedingungen und Veränderungen der verschiedenen Lebens- und Familienformen betrifft, so sind diese in Europa über weite Strecken vergleichbar, verlaufen in vielen Bereichen aber auch ganz konträr.

Im 7. Rahmenprogramm hat die Europäische Kommission eine Plattform zum Thema Familienpolitik und Familienforschung ausgeschrieben - kurz genannt Familienplattform. Diese zielt darauf ab, den Dialog zwischen Politikerinnen, Politikern, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Interessensverbänden zu fördern, um das Wohl der Familien in Europa zu stärken. 12 Universitäten bzw. Organisationen sind Partner in diesem Konsortium.

Zentrale erste Arbeitsgrundlage für die Entwicklung einer europäischen Forschungsagenda zur Familienforschung war die Darstellung von aktuellen Trends und neueren Forschungsergebnissen. Um das weite Feld der Familienforschung besser erfassen zu können, wurde es in acht thematische Sektoren gegliedert. Für jeden Sektor wurde ein Bericht mit aktuellen Forschungsergebnissen und Trends in Europa verfasst. **Diese Berichte lassen sich von der Webseite der Familienplattform (www.familyplatform.eu) herunterladen.**

Nähere Informationen:

http://www.oif.ac.at/aktuell/aktuell_overview.asp?ID=180

http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=1143

Bitte beachten: die Frühstückstreffen finden nunmehr im Parlaments-Restaurant, 1017 Wien, Reichsratstrasse 9/1. Stock (an der Rückseite des Parlaments-Hauptgebäudes, Ecke Stadiongasse), statt!

Ein umfangreiches Frühstücksbuffet steht für einen obligatorischen Kostenbeitrag in der Höhe von € 7,50, die direkt beim Personal des Parlaments-Restaurants zu bezahlen sind, zur Verfügung.

WICHTIG: aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung bis spätestens 08. November 2010 unbedingt erforderlich an guenter.danhel@familiennetzwerk.at

Workshops "Bedarfsgerechte Kinderbetreuung"- Modelle aus der Praxis - Fördermöglichkeiten

Bedarfsgerechte **Kinderbetreuung** ist von zentraler Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit dem Jahr 2005 werden daher durch das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend bedarfsgerechte Kinderbetreuungsprojekte privater, gemeinnütziger Träger zusätzlich mit rund €700.000,- jährlich gefördert.

Die neue Richtlinie zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ausweitung der Kinderbetreuung berücksichtigt seit 1.9.2009 nun auch die Förderung privater Trägervereine die Tageselternausbildungsmaßnahmen anbieten. Die Ausweitung der Fördermöglichkeit auf drei Jahre bietet zudem neue Möglichkeiten, Projekte längerfristig zu planen und umzusetzen.

Wir laden Sie ein, in einem unserer Informationsworkshops die neuen Richtlinien kennen zu lernen und Erfahrungen auszutauschen.

Sie finden hier aktuelle Informationen und Einladungen zu kommenden Workshops:
Workshop Bedarfsgerechte Kinderbetreuung

Linz, Oberösterreich

im Rahmen der INTERPÄDAGOGICA Messe

Datum:	11.11.2010	12.30-13.20 Uhr	Raum 1
	12.11.2010	13.30-14.20 Uhr	Raum 6
	13.11.2010	12.30-13.20 Uhr	Raum 6

Ort: Design Center Linz
Europaplatz 1
A-4020 Linz

Anmeldung: ist nicht erforderlich

Sie haben im Rahmen der Messe auch die Möglichkeit zur persönlichen Fragestellung und Informationseinholung an unserem Stand Nr. 116.

Wir freuen uns, Sie bei der Messe begrüßen zu dürfen!

Innsbruck, Tirol

[Einladung](#)

Datum: 17.11.2010
Uhrzeit: 15.00-18.00 Uhr

Ort: Familieninfo Tirol
Sillpark Neubau - 2.Stock

Museumstraße 38
A-6020 Innsbruck

Anmeldung: bis 10.11.2010
Mag. Johanna Czech
johanna.czech@familieundberuf.at
Tel.: 01 218 50 70 13

Hallein, Salzburg

Informationsworkshop "Betriebliche Kinderbetreuungsprojekte"

[Einladung](#)

Datum: 18.11.2010
Uhrzeit: 15.00-17.00 Uhr

Ort: M-real Hallein AG
Seminargebäude "Metzgerbauer" (neben Feuerwehr)

Salzachtalstraße 88
A-5400 Hallein

Anmeldung: bis 15. November 2010
kontakt@kibehaus.at

<http://www.familieundberuf.at/Workshops.255.0.html>

Hochbegabte Kinder am Übergang von Kindergarten zur Grundschule - "KLIKK" Ein Modell zur lösungsorientierten Arbeit mit Kindern und Eltern

Ziel

Gemeinsam werden konkrete Ansatzpunkte für einen konstruktiven Umgang mit der hohen (intellektuellen Begabung) von Kindern am Ende der Kindergarten- und zu Beginn der Grundschulzeit erarbeitet. Dies betrifft die Arbeit mit den Kindern selbst wie auch mit deren Eltern. Das wichtigste Ziel besteht darin, die Begabung als Chance für ein positives Miteinander erleben zu können. Diese Sichtweise und die Sicherheit im Umgang mit Kindern und Eltern baut auf Basis der Kenntnis entsprechender Förderansätze (KLIKK) und Modelle und deren Umsetzung auf.

Datum/Uhrzeit

29.11.2010 14:00-19:00
30.11.2010 9:00-17:30

Ort

Salzburger Verwaltungsakademie
Aignerstraße 34, 5026 Salzburg

ReferentIn

Arnold Dietrich Prof. Dr.
Großgasteiger Iris MA Sc.

Kosten

€ 180.--
Kurskostenbeitrag
€ 20.--

Max. Teilnehmerzahl

20

Kursnummer

2010-22105-01

Wichtige Hinweise**Schwerpunkte**

Ausgehend von den eigenen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen stehen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Wie kann ich (hoch) begabte Kinder passend fördern?
- Wie begegne ich den Wünschen und Erwartungen der Eltern?
- "Fragen wie ein Zehnjähriger" und "Gefühle wie ein Fünfjähriger" - wie kann ich damit umgehen, dem Kind gerecht werden?
- Wie kann ich das Selbstbewusstsein dieser Kinder stärken?

Das Modell "KLIKK-Kommunikations- und Lösungsstrategien für die Interaktion mit klugen Kindern" zeigt Wege zur Umsetzung für die eigene Praxis

Anmeldung unter: Mag. Lucia Eder, Zentrum für Kindergartenpädagogik

Tel: +43(0)662 8042 5601, Fax: +43(0)662 8042 5609

Mail: lucia.eder@salzburg.gv.at, <http://www.salzburg.gv.at/kindergartenpaedagogik>

SONSTIGES

WKÖ-Enquete: Jobchancen sprechen mehr denn je für die Lehre - Mitterlehner, Leitl, Bildungsexperte Schneeberger und Spartenobmann Herk über Herausforderungen des Lehrberufs durch den demografischen Wandel.

Wien (OTS/PWK829) - Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und der Bildungsexperte Arthur Schneeberger vom Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft diskutierten heute, Donnerstag, bei einer WKÖ-Enquete über die Zukunft der Lehre.

Schneeberger illustrierte zu Beginn die Problemlage: "Derzeit entscheiden sich von circa 98.000 15-jährigen 40 Prozent für eine Ausbildung mit Lehre. Bereits in fünf Jahren gibt es ungefähr 10.000 Jugendliche pro Altersjahrgang weniger. Es gibt also bereits in kurzer Zeit deutlich weniger Jugendliche, die für eine Lehrausbildung in Frage kommen." Daher empfiehlt der Bildungsexperte den Betrieben ihren Fokus auf junge Erwachsene zwischen 20 und 24 Jahren zu legen: "In dieser Altersgruppe gibt es ein Potenzial durch Zuwanderungen, um den Fachkräftebedarf der Betriebe zu befriedigen." Derzeit sei der Anteil der Migranten in Lehrberufen vergleichsweise gering. Darüber hinaus verweist Schneeberger auf eine Untersuchung, wonach mehr als die Hälfte aller Arbeitsplatznachfragen in Zeitungsannoncen auf Berufe mit Lehrabschluss abzielen. Schneeberger analysiert: "Die Beschäftigungschancen sprechen eindeutig für eine Ausbildung mit Lehre".

Mitterlehner: "Das duale Ausbildungssystem weiterentwickeln"

"Das duale Ausbildungssystem hat sich während der Krise in Kombination mit der Ausbildungsgarantie der Bundesregierung bewährt", betonte Mitterlehner, bevor er auf die Herausforderungen des demographischen Wandels aufmerksam machte: "Heute muss ein Jugendlicher noch froh sein, einen Ausbildungsbetrieb zu finden. Doch bald wird es umgekehrt sein. Die Betriebe werden im Wettbewerb verstärkt um die besten Köpfe werben und der Lehrling wird jenes Unternehmen auswählen, das ihm die beste Ausbildungsqualität bietet." Mitterlehner will die Lehre noch attraktiver machen und das duale System weiterentwickeln. "Gerade die laufende Modularisierung der Lehrberufe eröffnet neue Chancen, weil die Jugendlichen zunächst eine spartenübergreifende Basisausbildung erhalten und sich erst danach spezialisieren müssen. Damit ist ein Wechsel in andere Berufe und Betriebe leichter möglich", sagte Mitterlehner. Der Wirtschaftsminister regte darüber hinaus an, die Lehre auch für "Spätberufene" - also die Altersgruppe bis 29 - attraktiver zu gestalten.

Leitl: "Weg vom Lehrling zum Universitätsprofessor muss für alle offen sein"

"Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist eine große Verantwortung für die Unternehmen. Es ist ihre langfristige Investition: Jene jungen Menschen, die wir heute ausbilden, sind bis 2060 und darüber hinaus in unseren Betrieben tätig", so Leitl, der auf das österreichische "Jobwunder" aufmerksam macht: "Ethische Haltung und besondere Verantwortung haben die Unternehmer in der Krise bewiesen. Flexibilität auf der betrieblichen Ebene, Abbau von Überstunden und Urlauben hat die europaweit niedrigste Arbeitslosigkeit möglich gemacht. Diese Verantwortung haben die Betriebe auch gegenüber den Lehrlingen unter Beweis gestellt: Österreich liegt in der Jugendarbeitslosigkeit bei der Hälfte des EU-Durchschnitts." Der Wirtschaftskammerpräsident plädiert für ein ganzheitlich, vernetztes Bildungssystem nach dem Motto "À la carte statt à la menu": "Das beginnt bereits im Kindergarten und in der Vorschule, denn an guten Sprachkenntnissen führt kein Weg vorbei. In der Lehrlingsausbildung brauchen wir ein modulares System mit Übergängen statt Abbrüchen, mit einheitlich definierten Standards, die erreicht werden müssen, und einzelnen Modulen, die ineinander greifen. Der Weg vom Lehrling zum Universitätsprofessor muss für alle offen sein". Weiters bekräftigt Leitl eine Imageaufwertung der Lehre: "Das niedrige Sozialprestige der Lehre müssen wir komplett ausradieren". Und der Wirtschaftskammerpräsident fordert eine bessere Berufsinformation für Schüler, nur so könne es gelingen, Jugendliche für eine breite Palette an Lehrberufen zu begeistern.

Herk: "Berufsorientierung und Informationen über Lehrberufe weiter ausbauen"

Für Josef Herk, Obmann der Bundessparte Gewerbe und Handwerk, ist die Berufsorientierung ebenfalls ein zentraler Anknüpfungspunkt: "Die Information in der Öffentlichkeit über die Lehre muss weiter ausgebaut werden. Wir müssen auch bei den Pädagogen ansetzen. Viele Lehrer waren noch nie in einem Lehrbetrieb. Darüber hinaus muss die Berufsorientierung regionale Bedürfnisse im Blickfeld haben. Auch Eltern und Großeltern, als wichtige Einflussfaktoren der Jugendlichen, müssen eingebunden werden. Sie müssen überzeugt werden, dass Lehre keine Ausbildung zweiter Wahl ist." (AC)

Rückfragehinweis:

Rückfragehinweis:
Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
Mag. Volker Hollenstein
stv. Pressesprecher des Bundesministers
Tel.: +43 (01) 71100-5193
E-Mail: volker.hollenstein@bmwfi.gv.at

Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Presse
Mag. Rupert Haberson
T: (+43) 0590 900-4362
Mail: presse@wko.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>


*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:
Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265
Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

➔ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ◀

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten
Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](mailto:) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-

Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.